



In einigen Regionen von NRW stößt das Repowering von Windkraftanlagen auf Kritik.

Foto: dpa/Jens Büttner

Landkreise warnen vor ungesteuerter Windrad-Wanderung durch Repowering

„Problematik noch gar nicht präsent“

Von Sina Zehrfeld

DÜSSELDORF. Die Landkreise in NRW berichten von wachsendem Widerstand gegen neue Windräder. Man erlebe derzeit, wie der Erfolg beim Ausbau der erneuerbaren Energie „regional in Akzeptanzverlust kippt“, sagte der Präsident des Landkreistages NRW, Olaf Gericke (CDU), unserer Redaktion. „Lange war Ruhe, aber jetzt nehmen die Beschwerden zu. Das liegt auch am Repowering, durch das immer mehr Windräder außerhalb der Windenergiezonen entstehen“, beklagte er.

„Nach heutiger Rechtslage gilt bei einer Genehmigung bis 2030: Wenn Sie in so einer Zone ein kleineres Windrad durch ein höheres ersetzen, dann dürfen Sie das höhere innerhalb eines bestimmten Abstandes auch außerhalb der Zone neu bauen“, kritisierte

Gericke. „Und die, die heute schon außerhalb stehen, können höher erneuert werden.“ Das ist es, was „Repowering“ bedeutet: Ältere Windenergieanlagen werden durch neuere, effizientere ersetzt.

Gericke verlangte rechtliche Änderungen auf Bundesebene, und zwar im Immissionsschutzgesetz und im Bauplanungsrecht. Seine Forderung: „Außerhalb der Windenergiezonen im Regionalplan darf nicht mehr repowert werden, was da stillgelegt wird, muss zurückgebaut werden.“ Natürlich könnten die Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit dann immer noch weitere Standorte freigeben.

Die NRW-Wirtschafts- und Energieministerin Mona Neubaur (Grüne) pflichtet den Forderungen teilweise bei. Die „Herausforderungen“ seien bekannt, hieß es aus ihrem Ministerium. Aus Sicht des Landes

sollte das Repowering auf „den Austausch einer Bestandsanlage gegen höchstens eine neue Anlage“ in direkter Nähe des alten Standortes beschränkt werden, und Alt-Anlagen in Windenergiegebieten sollten auch nur innerhalb dieser Gebiete erneuert werden dürfen. „Damit auch das Repowering von Windenergieanlagen eine breite Akzeptanz vor Ort findet, sollten diese Anlagen nur auf ausgewiesenen Flächen entstehen. Dafür setzen wir uns beim Bund konsequent ein“, sagte Neubaur.

Unterdessen führen Regionen, in denen der Windkraftausbau besonders erfolgreich läuft, vor Augen, was dort große Bedenken auslöst. Im Kreis Paderborn etwa sollen nach gegenwärtigen Plänen außerhalb von Windenergiegebieten 17 Altanlagen durch 19 neue ersetzt werden, dazu werden Standorte verschoben. Und

das, während in den kommenden Jahren ohnehin noch jede Menge ganz neue Anlagen jenseits der Windkraftzonen entstehen dürften: Insgesamt sind kreisweit 235 Stück mit unterschiedlichen Planungsständen beantragt, 160 davon außerhalb dieser Bereiche.

„Die Problematik ist den meisten noch gar nicht präsent“, vermutete der Landrat des Kreises Höxter, Michael Stickeln (CDU). „Die Menschen verlassen sich darauf, dass der Windkraftausbau durch ausgewiesene Windenergiegebiete und verlässliche Abstandsregelungen gesteuert wird.“ Aber durch das Repowering würden solche Steuerungsinstrumente teilweise ausgehebelt, die Anlagen könnten unter anderem sehr viel näher an die Wohnbebauung heranrücken.

Bislang seien im Zuge der Erneuerung außerhalb von Windenergiegebieten vier

neue Anlagen als Ersatz für eine bestehende Anlage genehmigt worden, teilte der Kreis mit. In den nächsten Jahren kämen rund 80 alte Windräder für die Erneuerung in Betracht.

Die Windenergiebranche bemüht sich, die Debatte etwas herunterzukochen. „Natürlich werden Abstände zu Wohnbebauung eingehalten, alle Schall- und Artenschutzvorgaben werden beachtet“, sagte Christian Vossler, Geschäftsführer des Landesverbands Erneuerbare Energien (LEE). Normalerweise würden die Auswirkungen auf Anwohner durch technischen Fortschritt sogar reduziert: „Die neuen Anlagen laufen langsamer, sie sind in der Regel leiser, und die Rotorblätter reflektieren das Licht nicht so.“ Ein komplettes Verbot des Repowerings außerhalb von Windkraftzonen würde die Energiewende ausbremsen, warnte er.